



Interviews

Datum: 25. Oktober 2022

Barbara Schmidt-Mattern im Gespräch mit Christel Bienstein, Präsidentin des Deutschen Berufsverbands für Pflegeberufe, DBfK

Barbara Schmidt-Mattern: Die Maskenpflicht in Innenräumen könnte wegen des anhaltend grassierenden Corona-Virus demnächst noch weiter ausgeweitet werden. Die Gesundheitsministerinnen und -minister der 16 Bundesländer haben darüber gestern beraten bei einer gemeinsamen Schaltkonferenz. Bisher sind die Pläne noch vage. Eine Arbeitsgruppe soll jetzt die Details klären – unter anderem, welche Kriterien gelten sollen, um die Maskenpflicht in Innenräumen auszuweiten. Bisher gilt sie bekanntlich in Ämtern, Bussen und Bahnen sowie in Krankenhäusern und Pflegeheimen.

Über die Situation dort kann ich jetzt sprechen mit Christel Bienstein, Präsidentin des Deutschen Berufsverbands für Pflegeberufe und selbst ausgebildete Pflegerin. Guten Morgen, Frau Bienstein.

Christel Bienstein: Guten Morgen, Frau Schmidt-Mattern.

Schmidt-Mattern: Laut Bundesinfektionsschutzgesetz müssen die Bewohnerinnen und Bewohner in Pflegeheimen eine Maske tragen, sobald sie ihr Zimmer verlassen. Wie belastend ist das?

Bienstein: Es ist sehr belastend, weil wir bis zu 70 Prozent Menschen haben in den Alteinrichtungen, die an Demenz leiden und nicht verstehen, dass man ihnen zumutet, eine Maske aufzusetzen.

Schmidt-Mattern: Diakoniepräsident Ulrich Lillie spricht von einer obszönen politischen Entscheidung. Ich nehme an, eine Einordnung, der Sie zustimmen, oder geht das zu weit?

Bienstein: Ich finde schon, dass das eine völlige Überforderung der Bewohnerinnen und Bewohner ist, die gar nicht verstehen können, wie es zu diesen Angaben und zu diesen Maßnahmen kommen soll. Das macht ganz viele Probleme in den Einrichtungen.

Schmidt-Mattern: Nun geht es darum, die Menschen zu schützen. Insofern könnte man argumentieren, wenn auch unter viel politischer Kontroverse eine Impfpflicht für Mitarbeiter in Pflegeheimen durchgesetzt wurde, dass es dann auch nachvollziehbar ist, wenn die Menschen, sobald sie ihr Zimmer verlassen, eine Maske tragen. Es dient ja nur ihrem Schutz, sagen die Befürworter.

Bienstein: Wir haben immer die Situation, dass Menschen von außen, vor allen Dingen Angehörige, Zugehörige diese Personen besuchen, was ja auch wünschenswert ist, dass da keine Isolation stattfindet, und wir können gar nicht sicherstellen, selbst wenn jemand getestet ist, dass er eventuell doch diese Viren in die Einrichtung mitbringt. Wir haben sehr viele Pflegenden, die inzwischen davon betroffen sind. Wir haben einen großen Krankenstand in den Einrichtungen. Die meisten Bewohner – das muss man sagen – mehr als 90 Prozent

Deutschlandfunk

Ein Programm von Deutschlandradio

Raderberggürtel 40

50968 Köln

Fragen und Anmerkungen an: hoererservice@deutschlandradio.de

sind geimpft und mehrfach geimpft. Darauf wurde ganz viel Wert gelegt. Die Hygienekonzepte in den Einrichtungen sind gut, sehr gut durchdacht. Aber ich glaube, eine Maskenpflicht kann man dort absolut nicht durchsetzen.

Schmidt-Mattern: Es gibt andererseits Forderungen, auch heute früh wieder, etwa vom FDP-Gesundheitsexperten Andrew Ullmann, der, wie auch einige andere, der Auffassung ist, dass die Corona-Impfpflicht im Gesundheitswesen nicht verlängert werden soll. Bisher gilt, dass sie zum Jahresende ausläuft. Ist das die richtige Entscheidung, diese Impfpflicht auslaufen zu lassen?

Bienstein: Wir sind sehr für die Impfpflicht. Wir hätten gerne die allgemeine Impfpflicht gehabt, weil es gar nichts bringt, wenn nur einzelne Personen geimpft sind, und dann kommen Personen in Einrichtungen, die nicht geimpft sind. Aber wir wissen inzwischen auch, dass die Impfung nicht vor Infektionen schützt. Gott sei Dank verhindert sie schwere Verläufe und das sehen wir jetzt auch in den Alteneinrichtungen oder in den Pflegeeinrichtungen, auch in den Behinderteneinrichtungen, dass die Menschen nicht mehr so schwer erkranken, wie es in den letzten zwei Jahren war, als wir viele Todesfälle zu beklagen hatten. Es gehört auch zum allgemeinen Lebensrisiko, dass man sich eine Erkältung zuzieht oder auch eine Corona-Infektion. Wir werden das nicht verhindern können. Aber wir wünschen die möglichste Sicherheitsstufe durch das viele Testen. Es soll sicherlich weiterhin unbedingt getestet werden und die Pflegenden und alle Mitarbeiter in den Einrichtungen tragen auch die Mund-Nasen-Schutzmaske und nehmen das sehr ernst.

Schmidt-Mattern: Ganz grundsätzlich, Sie haben es auch schon angesprochen: Die Impfquote ist hoch inzwischen. Dennoch: Wie gefährdet sind ältere Menschen nach Ihrer Einschätzung derzeit überhaupt?

Bienstein: Weiterhin sind ältere Menschen, die mehrfach erkrankt sind, denn die haben ja fast alle Vorerkrankungen, mehr gefährdet als jemand, der 30 Jahre ist, Sport treibt und nicht so gefährdet ist und geimpft ist. Aber man muss davon ausgehen, dass viele Menschen, die in diesen Einrichtungen leben, nicht verstehen, was wir von ihnen da fordern. Sie müssen wissen: Wenn die nachher nicht mehr gemeinsam im Speisesaal sitzen können, denn da müssten sie spätestens die Maske abnehmen – so gibt es ganz viele Dinge, die völlig irritierend sind und auch nicht nachvollziehbar, etwa für jemanden, der an demenziellen Prozessen leidet.

Schmidt-Mattern: Werden diese Bedürfnisse der älteren, auch kranken Bevölkerung in der Corona-Politik in der Ampel-Koalition in Berlin ausreichend gesehen nach Ihrer Ansicht?

Bienstein: Nein! Ich finde, das wird nicht ausreichend gesehen. Ich habe auch manchmal den Eindruck, sie haben zu wenig Einblick, wie sich der Alltag in diesen Einrichtungen vollzieht und dass das mit sehr hoher Aufmerksamkeit, mit viel Zuwendung und vor allen Dingen auch wirklich hohem Wissen, wie man vermeiden kann, dass Infektionen weitergetragen werden, durchgesetzt wird.

Schmidt-Mattern: Nun plant der Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach von der SPD auch eine Krankenhausreform. Da geht es um viele Details, unter anderem auch um den Plan, Nachtdienste zu streichen, um das Pflegepersonal zu entlasten. Das klingt an sich nach einem guten Plan. Ist das auch ein kluger Plan aus Ihrer Sicht?

Bienstein: Wir glauben nicht, dass das wirklich hilft. Ich glaube, man kann viel mehr ambulante Versorgungen vornehmen, als im Augenblick der Fall ist, aber wir werden damit nicht die Nachtdienste entlasten. Wir haben jetzt noch Situationen, dass eine Pflegende 28 schwersterkrankte Patienten auf einer Station nachts betreut. Selbst wenn sie nachher nur noch 18 hätte, würde das nicht unbedingt der große Wurf sein.

Was wir brauchen, ist eine grundsätzliche Gesundheitsreform. Wir stehen vor einer ganz großen Pflegekrise und ich glaube, das wird nicht ernst genug genommen. Wir werden in den nächsten zehn Jahren 500.000 Pflegende verlieren, die in den Ruhestand gehen. Das können wir überhaupt nicht mehr ersetzen. Das heißt, dass Bürger nachher keinen ambulanten Pflegedienst mehr finden, dass sie keine Angehörigen in eine stationäre Einrichtung einweisen können, weil dort die Pflegenden fehlen. Dazu brauchen wir eine Risikoplanung. Genauso wie die Klimakrise haben wir jetzt eine Pflegekrise.

Schmidt-Mattern: Was wäre denn das Herzstück, der wichtigste Punkt einer solchen großen Pflegereform, die Sie fordern?

Bienstein: Was wir unbedingt bräuchten ist, dass wir unnötige Operationen vermeiden, dass wir einen sinnhaften Zusammenschluss von Krankenhäusern auf den Weg bringen – darüber müssen wir ernsthaft nachdenken – dass wir Primärversorgungszentren bekommen in den Gebieten, wo wir im Grunde nicht mehr genügend Hausärzte haben. Das heißt, dass jeder Bürger in einer kurzen Zeit auf jeden Fall eine gesundheitliche Unterstützung finden kann. Das haben wir zurzeit nicht. Wir gucken wirklich – das ist typisch für Deutschland – zu wenig, wie das die Kollegen im Ausland machen. Von daher müssen wir ein bisschen mehr da hingucken. Wir wissen: Wenn wir auf Dauer die Pflege unserer Bevölkerung sicherstellen wollen, dann brauchen wir fast jeden zweiten jungen Menschen, einem Gesundheitsberuf, und das wird in Zukunft überhaupt nicht der Fall sein.

Schmidt-Mattern: Ganz kurze Nachfrage noch, Frau Bienstein. Welches Beispiel im Ausland schwebt Ihnen da vor?

Bienstein: Besonders die Dänen und die Schweden, die skandinavischen Länder haben andere Lösungen, deutlich andere Lösungen.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.